Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 24

Artikel: Rumänische Aussenpolitik heute

Autor: Macoveanu, Petre

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077014

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rumänische Aussenpolitik heute

Von Petre Macoveanu

Der Verfasser unseres Gastbeitrags hat Rumänien erst vor kurzem verlassen. Sein Bericht gründet sich auf eigene Anschauung der jüngsten Entwicklung und stellt in guter Lagekenntnis den Fall Rumäniens in seinen grösseren politischen Rahmen. Dabei nimmt er auch auf inoffizielle Schritte der rumänischen Diplomatie Bezug.

Rumänien liegt an einem der neuralgischen Punkte Europas. Während seiner ganzen Geschichte spielten sich Rivalenkämpfe der Grossmächte auf seinem Territorium ab. Verschiedene Mächte streckten nacheinander ihren Einfluss auf das Land aus: Das Otomanische Reich, das habsburgische Oesterreich-Ungarn, das wilhelminische und später das nationalsozialistische Deutschland, das Russland der Zaren und später die Sowjetunion. Somit bietet die geopolitische Lage Rumäniens die Haupterklärung für die geschichtliche Entwicklung von Staat und Volk.

Von Stalin zu Stoica

Die Umstände, welche in der Nachkriegsstruktur Europas, und Osteuropas im besonderen, tiefgreifende Aenderungen hervorriefen, sind bekannt.

Für Rumänien waren zu Beginn dieses Zeitabschnittes vier Faktoren besonders wichtig:

— eine ausgeprägte Kriegsmüdigkeit;

— die Neuverteilung der Einflusszonen unter die Siegermächte;

— die Stärkung der politischen Linken unmittelbar nach dem Kriege;

— schliesslich das, was man den Export der Revolution durch die Sowjetunion nennen könnte.

Zwingend aber wurde die Entwicklung durch zwei weitere Erscheinungen: die seit 1946/47 steigende Spannung zwischen Moskau und dem Westen, ferner die Bildung des «Eisernen Vorhanges», hinter dem sich die Sowjetunion und ihre Verbündeten in mittelalterlicher Abgeschiedenheit von der übrigen Welt befanden. Zu dem Zeitpunkt befand sich Rumänien im Anfangsstadium des Prozesses, der als Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bezeichnet wird. Die Einordnung des Landes in das sozialistische Lager war unter all diesen Umständen sozusagen automatisch gegeben.

Damit aber war auch der Rahmen für die Tätigkeit der rumänischen Aussenpolitik vom Kriegsende bis vor noch nicht allzu langer Zeit bestimmt. Es gab sie praktisch nicht und konnte sie nicht geben. Gut 15 Jahre lang wurde die Aussenpolitik Rumäniens, dessen Souveränität nur formell war, in Moskau gemacht. Dort wurde die Einheitslinie für alle Länder des sozialistischen Lagers definiert.

Diese Periode begann nach dem Krieg und dauerte bis in die Jahre 1963/64. Allerdings gab es auch in dieser Zeit diplomatische Unternehmungen Rumäniens. Oder wenigstens Initiativen, die in der Oeffentlichkeit als rumänisch galten. So erregten 1957 die Vorschläge des damaligen Ministerpräsidenten Chivu Stoica zu einer Annäherung der Balkanstaaten etliches Aufsehen. (Vergleiche dazu KB, Nr. 22, «Neuer Balkanpakt aktuell», Absatz «Der Stoica-Plan».) Aber in Wirklichkeit handelte es sich dabei nicht um einen eigentlichen Vorstoss Rumäniens, wenn er auch der Balkanpolitik des Landes durchaus entsprach. Die dahinterliegenden Absichten aber entsprangen in erster Linie einer sowjetischen Zielsetzung. Es ging darum, Griechenland und die Türkei graduell dem westlichen Einfluss zu entziehen. Dieses Beispiel ist besonders charakteristisch, denn es zeigt, dass auch zu einem diplomatischen Schritt, der im gemeinsamen Interesse Moskaus und Bukarests lag, die Genehmigung des Kremls eingeholt werden musste.

Gaullismus des Ostens

Dass sich die Dinge seither verändert haben, ist offenkundig. Aber welcher Art und welcher Grösse sind diese Veränderungen? Aus welchen Bedingungen sind sie entstanden, und vor allem, welche Aussichten eröffnen sie?

Alle Bewegungen der rumänischen Diplomatie in den letzten zwei bis drei Jahren zielten auf eine grössere aussenpolitische Selbständigkeit hin. Das heisst Selbständigkeit gegenüber der Sowjetunion, gewiss, aber gleichzeitig auch Selbständigkeit im allgemeinen, was zu unterstreichen ist. Alles lässt darauf schliessen, dass diese neue Linie auf Dauer angelegt wurde, auf Jahre und vielleicht sogar auf Jahrzehnte. Anderseits aber weist alles darauf hin, dass die politische Tragweite solcher Selbständigkeit begrenzt ist und begrenzt sein will. Die politische Orientierung Rumäniens und sein politischer Standort in Europa hat sich nicht substantiell verändert.

Man hat sich im Westen zum Teil falsche Vorstellungen darüber gemacht, welche Dimensionen der rumänische Stilwechsel gefunden habe und vor allem noch finden könnte. In diesem Zusammenhang von einem «Aufstand» zu sprechen, wie es etwa eine sonst durchaus ernst zu nehmende italienische Zeitung getan hat, entspricht weder den bisherigen noch den voraussehbaren Tatsachen. In Bukarest hat sich 1963/64 sehr viel getan, aber um einen Aufstand hat es sich just nicht gehandelt. Jedenfalls dann nicht, wenn man auch nur entfernt an den Inhalt der ungarischen Ereignisse denkt (an eine Aehnlichkeit der Form ist ohnehin nicht zu denken). Die rumänischen Führer haben keine Rebellion angefacht — was sie auch in keiner Weise nötig hatten —, sondern haben es verstanden, aus einer veränderten Lage Nutzen zu ziehen.

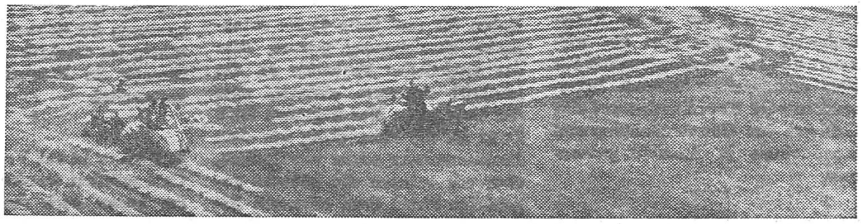
Die Evolution der Weltsituation hat nämlich den neuen Stil begünstigt. Dabei ist einerseits an die Entspannung zu denken, die mit den Namen Kennedy, Chruschtschew, Johannes XXIII. und Nehru verbunden wird, anderseits an die Veränderungen in der Sowjetunion und in der ganzen kommunistischen Welt.

Die Erscheinung ist nicht isoliert. Wir wohnen ja einer Desatellisierung und einer Krise der Allianzen bei, die sich im Westen so gut wie im Osten kund tut. In diesem Rahmen hat die rumänische Politik ihre besonders auffällige Entwicklung genommen, und in diesem Rahmen könnte man auch — unter Wahrung aller Proportionen — von einem «Gaullismus des Ostens» sprechen, um den «Corriere della Sera» zu zitieren.

Was gelten Warschauerpakt und Comecon?

Rumänien war und ist ein wichtiges Mitglied im militärpolitischen Block seines Bündnissystems. Auch unterstützt Bukarest trotz aller Beben, welche die kommunistische Welt in den letzten Jahren erschüttert haben, den Warschauer Pakt weiterhin. Aber handelt es sich um eine bedingungslose Unterstützung oder um die gesetztere Gunst eines Partners, der sich sozusagen Vorbehalte vorbehält? Die zweite Möglichkeit ist wahrscheinlicher und könnte übrigens bereits vor drei Jahren eingesetzt haben. Jedenfalls spricht ein Indiz dafür:

Als Chruschtschew auf dem Höhepunkt der Kubakrise seine Drohungen gegen Washing-



Ein Agrarland ...

ton schleuderte, tat er es im Namen aller Oststaaten, aber ohne sie zuvor zu konsultieren. Das veranlasste Bukarest schliesslich zu einer zwar nicht öffentlichen, aber offiziellen Stellungnahme, die entschieden gehalten war und die rumänische Distanz ausdrückte.

Was die Divergenzen innerhalb der östlichen Wirtschaftsorganisation Comecon (oder Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe = RGW) anbetrifft, so sind sie notorisch. Rumänien insbesondere hat seine Opposition zum Projekt überstaatlicher Integration, von der Sowjetunion mit Unterstützung namentlich der Tschechoslowakei und Ostdeutschlands vorgebracht, deutlich und offen dargelegt. Hier ist die Sowjetregierung in Bukarest nicht weitergekommen. Die rumänische Stellungnahme ist auch nach dem Tode Gheorghiu-Dejs unverändert geblieben; man hat sie auch beim letzten Parteikongress in aller Eindeutigkeit wiederholt.

Nun werden die wirtschaftlichen Divergenzen durch schwelende Konflikte anderen Charakters erschwert. Ungarn begehrt das rumänische Transylvanien und Rumänien seinerseits kann die sowjetische Uebernahme Bessarabiens schwer vergessen.

Alle diese Unstimmigkeiten haben ihr Gewicht, und man hat sich gefragt, ob sie sich nicht auf das Schicksal des Warschauer Paktes auswirken könnten. Eine Zeitlang ging sogar das Gerücht, Rumänien stehe vor dem Austritt. Aber die Mär dürfte einen recht bewussten Ausgangspunkt gehabt haben, nämlich Bukarest. Der Zeitpunkt stimmte jedenfalls seltsam genau mit dem Beginn der rumänisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen überein, und die Regierung hatte natürlich alles Interesse an optimistischen politischen Prognosen in Washington.

Ueberhaupt beobachtet man seit einiger Zeit, dass Rumänien Wert darauf legt, die amerikanische Diplomatie so wenig als möglich zu irritieren. Uebrigens hatten vor einem Jahr, ganz ähnlich wie in Moskau, auch in Bukarest Kundgebungen chinesischer und indonesischer Studenten gegen die amerikanische Botschaft stattgefunden, und die Polizei war ebenso energisch gegen die Manifestanten vorgegangen. Der Fall erregte deshalb nicht weiter Aufsehen, weil Peking in Hinblick auf die rumänische «Neutralität» im sino-sowjetischen Konflikt darauf verzichtete, das grosse Empörungsgeschrei anzustimmen.

Keine Liebe zu Mao

Die Neutralität Rumäniens im Streit der beiden Grossen ist eine Folge der Bewegungsfreiheit, die es sich in der Aussenpolitik erspielt hat. Aber es besteht kein Anlass, daraus eine Sympathie für China und seine Politik ableiten zu wollen. Rumänien hat sich wohl ein gewisses Ausmass an Selbständigkeit gegenüber Moskau erobert, doch sind seine Beziehungen zur Sowjetunion recht eng geblieben. Anderseits rechtfertigt nichts den Eindruck, dass ein engerer Dialog mit dem dogmatischen und aggressiven Peking gesucht werde.

Was die rumänischen Führer beibehalten wollen, ist ihre Bewegungsfreiheit; sie haben sicherlich sowenig Bedürfnis nach dem chinesischen Leitseil wie nach dem sowjetischen Zügel. Sowohl Gheorghiu-Dej als auch sein Nachfolger Ceausescu haben nichts weiter gewollt und erreicht, als aus Entstehung und Entwicklung des sino-sowjetischen Konflikts grösstmöglichen Nutzen zu ziehen. Was die Parteiführung am wenigsten wünscht, ist gerade die «Einheit des sozialistischen Lagers», die sie in ihren Erklärungen als so sehr erstrebenswert anpreist. Denn sie gehört zu den Hauptnutzniessern der Uneinigkeit. Dass die Sowjetunion rumänische Delegationen (unter anderem Ministerpräsident Maurer) mit Sondiergesprächen in Peking beauftragt hat (wer anders käme als Vermittler schon in Frage?), ändert an dieser Situation nichts.

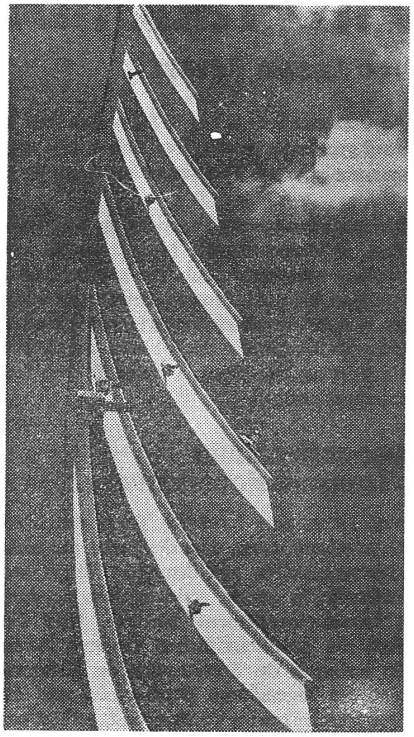
Washington, Paris oder gar Bonn?

Rumäniens vermehrte Westorientierung ist primär wirtschaftsbedingt. Wohl ist die Industrie in vollem Wachstum, wohl ist die Wirtschaft dynamisch, aber gleichzeitig sieht sich das Land doch erheblichen Schwierigkeiten gegenübergestellt, die aus der Wirtschaftsgestaltung nach den klassischen Schablonen des sowjetischen Stalinismus stammen. Zudem erheischt die gewollte Beschleunigung schwere Opfer von der Bevölkerung. Und schliesslich sind die sowjetische «Hilfe» und das von den industrialisierten sozialistischen Staaten gelieferte Material (auch wenn es von einem relativ hoch entwickelten Land wie der Tschechoslowakei kommt) vor allem in qualitativer Hinsicht ungenügend.

Dies führt logischerweise Richtung Westen. Gegenwärtig wickelt sich laut Angaben Rumäniens etwa 40 Prozent des Aussenhandels mit kapitalistischen Ländern ab. Die letzten grossen Industriekonstruktionen sind das Werk westlicher Unternehmungen aus Frankreich, Deutschland, England, den USA, Italien, Japan und der Schweiz.

In Bukarest sucht man weiter nach neuen Handels- und Einkaufsmöglichkeiten, bleibt aber darauf bedacht, sich ein Maximum an diplomatischer Bewegungsfreiheit zu erhalten. Deshalb setzt Rumänien nicht auf eine einzige Karte. Ob der Möglichkeiten Amerikas wird Westeuropa nicht vergessen. Frankreich bildet hier eine wichtige Reserveposition, die nicht zuletzt wegen einer merklichen Zurückhaltung Washingtons nicht aus den Augen gelassen werden darf. Dazu mag eine gewisse Affinität für die Europa-Prinzipien de Gaulles kommen.

Eine interessante Hypothese wird seit einiger Zeit zuweilen vorgebracht: Rumänien, dessen Beziehungen zu Pankow nicht allzu herzlich sind, könnte eine spektakuläre Annäherung an das sonst so geächtete Bonn suchen, das aus Dankbarkeit über diese Avance schöne wirtschaftliche Angebote zu machen haben würde. Einige schwache Indizien in diese Richtung ergaben sich in den letzten Monaten, aber vorderhand muss die Bundesrepublik noch als Outsider im Rennen betrachtet werden. Immerhin: Wer auf das unbeachtete Pferd setzt, kann gegebenenfalls viel gewinnen. Auch ist zu berücksichtigen, dass Rumänien mit Deutschland nicht die spezifischen Divergenzen hat, die in Polen und der Tschechoslowakei eine beachtliche Rolle spielen.



...will hoch hinaus

Und dabei stalinistisch!

Gehört ein Hinweis auf das interne Regime auch zur Darstellung der rumänischen Aussenpolitik? Wahrscheinlich ja. Tatsächlich trägt der dort herrschende Stalinismus nicht zur Verbesserung der Beziehungen mit jenen sozialistischen Nachbarstaaten bei, welche ihr System (in unterschiedlicher Weise) liberalisiert haben. Das kritische Missfallen ärgert wiederum die rumänischen Führer und bringt sie dazu, nicht nur die staatliche Souveränität zu betonen, sondern auch auf eine Art Parteisouveränität zu pochen. Uebrigens ist die Liberalisierung in Rumänien nicht völlig abwesend; sie wird nur von der Parteispitze so kräftig wie möglich gebremst.

Doch gesamthaft bleibt es bei der Feststellung, dass Rumänien in seiner Aussenpolitik betont welt- und westoffen auftritt, in seiner Innenpolitik aber betont totalitaristisch und stalinistisch ist. Das aber ist ein Widerspruch, der gelegentlich wohl zur Geltung kommen muss. ■